

Sächsische Volkszeitung

erschient täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Preis 10 Pf. 10 Bogen 1 Mark. 10 Bogen 1 Mark. 10 Bogen 1 Mark.
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudammstr. 11-13

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Abbestellen bei der Expedition, Postamt Dresden, Postfach 1000.
Abbestellen bei den Buchhändlern, Postfach 1000.
Abbestellen bei den Buchhändlern, Postfach 1000.

r. Die Zukunft Russlands.

II.

Der Fehlbetrag Russlands in seinem Etat wird sich stets steigern. 1904 war er 317 Millionen Rubel, 1906 bereits 481 Millionen Rubel (im Voranschlag). In diesem Budgetvoranschlag für das Jahr 1906 ist die Rückzahlung der schon erwähnten 400 Mill. Rubel Schatzwechsel noch gar nicht in Ansatz gebracht. Und doch beträgt das Defizit im Extraordinarium bereits den ungeheuren Betrag von 481 Millionen Rubel. Die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben des russischen Budgets für das Jahr 1906 sind auf 2 1/2 Milliarden Rubel, also auf nahezu 5 1/2 Milliarden Mark veranschlagt. Dabei hat sich ein Defizit von 1 Milliarde Mark nach dem Voranschlag ergeben, während es in der Tat auf 2 Milliarden Mark zu schätzen ist.

Da der russische Budgetanschlag absichtlich die Revolution außer Ansatz läßt, wollen wir das Budget zunächst mit dem französischen des Jahres 1788, des letzten Jahres vor der Revolution, vergleichen. Einem Ausgabeetat von 600 bis 700 Millionen Franks stand bei Einberufung der Ständeversammlung am 5. Mai 1789 ein jährliches Defizit von 120 bis 140 Millionen Franks gegenüber. Das Defizit beträgt in beiden Fällen, in dem letzten, ohne Berücksichtigung der Revolution aufgestellten Etat, rund ein Fünftel der Ausgaben. Vom 1. Mai 1789 bis zum 1. Mai 1790 nahmen die Finanzpächter statt 150 bloß 127 Millionen Franks ein. Die Monopole und die Getränkesteuer gaben statt 50 nur 31 Millionen. „Der Widerstand des Volkes“ — schreibt S. Laine — „verstopft die Quellen, die früher den Staatskassenschöpf füllten, immer mehr und mehr, bis endlich die dem allgemeinen Druck nachgebende Nationalversammlung die Salzsteuer, die Warenzölle, die Abgaben auf Del, Leder, Stärke und Eisen abschafft. Im Februar und März des folgenden Jahres hebt sie die städtischen Steuern und sämtliche Verzehrungssteuern, namentlich die auf Getränke lastenden Abgaben auf. Am 1. Mai 1791, an dem Tage der Aufhebung dieser Steuer, illuminierte man in Paris die Fenster und verbrant die Nächte. Der Wein und das Bier kosteten nunmehr bloß noch die Hälfte, — keine Ertragserschaft konnte so populär sein wie diese, denn sie ermöglichte es jedermann, sich einen Rausch anzutrinken.“

Die russischen Revolutionäre und Sozialisten fordern in den Flugblättern längst die Aufhebung des Branntweinmonopoles und die Aufhebung aller indirekten Steuern und Zölle. Nun sind die russischen indirekten Steuern sehr hoch; Bier- und Tabaksteuer sind drei- bis viermal so hoch wie bei uns.

Unter den Wirkungen dieser Revolution der großen Gegenstände werden die ordentlichen Einnahmen des russischen Reiches in wenig Jahren von 4 Milliarden Mark auf die Hälfte zusammensinken. Die Ausgaben nehmen nicht ab, sondern zu. Noch steht die geistlose Armee in Ostasien, und ihr Unterhalt dürfte nach wie vor rund 80 Millionen Mark im Monat betragen.

Die Zerstörung der Verkehrsmittel, der Eisenbahnen, der Telegraphen, des Telephons, der Brücken wird nachgerade eine gewohnheitsmäßige. Der Verlust der Kriegsschiffe stellt sich nicht billiger; wenn sie der Staat selbst, wie am 29. November 1905 zu Sewastopol und vorher zu Kronstadt mit Erfolg bekämpft und verlorene Festungswerke wiedererobert hat, so sind doch auch diese Waffenerfolge nicht ohne Unkosten. Gegenwärtig steht Russland noch in den allerersten Anfängen der Revolution.

Die Eisenbahnen Russlands können den Ausfall nicht decken; die einträglichsten Eisenbahnen sind im Privatbesitz. Was das Reich hat, kostet nur Zuschüsse und zwar von 1887 bis 1904 nicht weniger als 758 Millionen Rubel d. i. 1637 Millionen Mark. Dieser Betriebszuschuß hält sicher an, zumal die Eisenbahnbediensteten höhere Löhne fordern. Geheimrat Martin rechnet für die kommenden zehn Jahre allein 2 Millionen Mark Betriebszuschuß aus. Die nahezu 5100 Kilometer des sibirischen Eisenbahnnetzes, die sich im Besitze des Staates befinden, hängen wie ein Pfeilgewicht an dem Netz der russischen Staatsbahnen. Durch den unglücklichen Ausgang des japanischen Krieges, der den größten Teil der ostasiatischen Bahn, also des Verschlußstückes des sibirischen Bahnnetzes, in den Besitz der Japaner gebracht hat, dürfte das schon bisher vorhandene Defizit auf den sibirischen Bahnen zu einem dauernden werden.

Nun kommen die Russenfreunde und weisen auf die glänzende Goldwährung Russlands hin; dieser Hinweis ist auf den ersten Augenblick bestechend. In seiner absoluten Höhe wurde der Goldbestand der russischen Reichsbank (Wechsel und Guthaben eingerechnet) im Jahre 1903 (803,7 Millionen Rubel = 1736 Millionen Mark) nur von demjenigen der Bank von Frankreich, der sich auf etwas über 2 Milliarden Mark bezifferte, übertroffen. Dagegen war er mehr als doppelt so hoch wie derjenige der Bank von England (703 Millionen Mark) und der deutschen Reichsbank (etwa 650 Millionen Mark). Daneben besaß der russische Reichsbank etwa 550 Millionen Mark in Gold, und der Verkehr war reichlich mit Goldmünzen gesättigt. Insbesondere befanden sich in dem russischen Reiche nahezu 4 Milliarden Mark in rohem und gemünztem Golde. „Ich zahle alles bar in Gold“ — sagte der russische Staat. „Wir zahlen alles bar in Gold“ — sagten die Bewohner des russischen Reiches. Der Staat wies auf sein Goldgut haben

in der Reichsbank und in der Reichsrente, der Private auf das im Umlauf befindliche Gold und überdies noch auf die Reichsbank hin. So sagen sie vielleicht auch heute noch, aber ihre besten Freunde in Berlin und Paris trauen ihnen nicht mehr. Die Bedingungen, die das Berliner Russenkontorium dem russischen Staate bei der Ersetzung der Schatzwechsel vom Mai 1905 durch die neuen Schatzwechsel, die auf Grund des Gesetzes vom 9. Dezember 1905 ausgeben wurden, auferlegte, sind derartig ungewöhnliche, daß sie ein tiefes Mißtrauen gegen den Fortbestand der russischen Goldwährung verraten. Und jetzt? Niemand will bereits den Russen Geld geben! Frankreich sagt, wenn Deutschland mittut! Letzteres streift, und da will Frankreich dem Freunde allein auch nicht helfen.

Nun hat Russland freilich noch ein Mittel, um neue Gelder aus dem Auslande zu erhalten; es droht mit der Einstellung der Zinsen. Schließlich werden sich noch Leute finden und Geld geben, um Zinsen zu erhalten. Man hofft dann viel von der Duma. Aber der Zusammentritt des russischen Parlamentes wird die Einstellung der Zinszahlung nicht verhindern, sondern nur beschleunigen. Mit Recht hat Professor Hans Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ darauf hingewiesen, daß die zukünftige russische Volksduma wahrscheinlich ganz direkt auf die Zinsreduktion losgehen wird. Sie wird erkennen, daß die Herabsetzung oder Einstellung der Verzinsung den einzigen Weg bietet, um die Mittel für die notwendigen Kulturaufgaben und Reformen zu gewinnen. Woher soll der russische Staat das Geld nehmen, um die gänzlich vernachlässigte Volksschulbildung zu fördern und die Landwirtschaft zu heben? Da werden die Zinsen an das Ausland einfach gestrichen, wenn Russland keine Anleihe mehr unterbringt. Der Staatsbankrott ist dann da!

Das Schicksal der königstreuen Beamten in Oesterreich-Ungarn.

Baron Fejervary selbst hat offenherzig darüber Auskunft gegeben, wie es kam, daß die königstreuen, von ihm eingeleiteten Beamten ihrem Schicksal überlassen wurden. Die Regierung Fejervary stellte an die Uebernahme der Macht durch den Koalitionsausschuß nur zwei Bedingungen: Die erste enthielt die Enthebung von jeder Verantwortung für die Handlungen der Kabinette Tisza und Fejervary; die zweite Bedingung ging dahin, daß für die von der Regierung Fejervary ernannten Beamten materiell gesorgt werden müsse.

Die Koalition erfüllte keine der beiden Bedingungen; bezüglich der ersten verzichtete sie nur darauf, die Regierung „rechtlich und materiell“ zur Verantwortung zu ziehen, die politische Anklage aber gegen das Kabinett Fejervary hält die heutige ungarische Regierung aufrecht. Bezüglich der Versorgung der von Fejervary ernannten Beamten behielt sich die Regierung des Koalitionsausschusses jede Entscheidung vor. Das heißt mit nackten Worten: Jene Beamten, welche den Mut gehabt haben, dem Boykott der rebellischen „Wohlfahrtsausschüsse“ zu trotzen, sich dem Schicksale des neuernannten Obergespanns von Debreczin auszusetzen und sich zu dem wenig kleinen Fährlein der Königstreuen unter den Magyaren zu gesellen — sie sind zum Danke für ihre Treue und ihren Mut vertragsmäßig ruiniert worden. Denn „die zurücktretende Regierung“ war eben nicht in der Lage, materiell für die meisten der während der Krisis ernannten Beamten noch vor ihrer Amtsniederlegung zu sorgen und scharfweise verjagt jetzt diese der neue Minister des Innern aus dem Dienste, wo sie es nicht schon vorgezogen haben, nächtliderweise wie Verbrecher zu flüchten. Baron Fejervary beruft sich darauf, daß er nicht die Verantwortung übernehmen konnte, wegen der „Existenz vieler unschuldiger Menschen“ den Frieden mit der Koalition unmöglich zu machen. Hierzu bemerkt die „Reichspost“ sehr richtig: „Wenn die Koalition und die neue Regierung die Verantwortung auf sich laden konnte, eine so frivole Bedingung zu stellen und den Frieden von einer solchen Barbarei abhängig zu machen, so konnte auch Fejervary die Verantwortung übernehmen, diese frivole Bedingung und Barbarei abzuwehren. Warum steifte sich überhaupt die Koalition gerade darauf, Beamte für ihre Treue gegenüber Regierung und Krone zu strafen? Sie wollte ein Exempel statuieren, sie wollte beweisen, daß niemand in Ungarn sich der Krone gegen den sogenannten „nationalen Willen“, den magyarisches Chauvinismus — und sei es auch der Chauvinismus von Rebellen — zur Verfügung stellen dürfe. Damit wurde vor ganz Ungarn der Satz kodifiziert: „Königstreue gegen den Chauvinismus wird in Ungarn mit dem Ruin der Existenz bestraft.“ — Zudem die Beamten der neuen Regierung zur Exekution überlassen wurden, ist aber auch alles, was unter der Regierung Fejervary geschah, als strafwürdig gekennzeichnet und das Unrecht der Krone vor dem Lande erklärt. Das aber heißt dann Friedensschluß...

Man muß heben bei dem Gedanken, daß vielleicht wieder einmal — und vielleicht in nicht gar zu ferner Zeit — in Ungarn königstreue Beamten notwendig sein könnten, die es wagen müßten, gegen eine Herrschaft chauvinistischer Parteien zu kämpfen. Wer wird jemals die Stellen einzunehmen wagen, wer von denen, die heute auf den Langen Seiten der siegreichen Koalition die Köpfe der gepöbelten Verteidiger der Königsmacht eintragen sehen? — Dynastische Treue ist eine erhabene, heilige Pflicht, aber sie begründet auch das Recht auf gegenseitige Treue.

Politische Rundschau.

Dresden, den 19. April 1906.

— Der Kaiser ist in Schilly eingetroffen und wurde auf dem Bahnhof von dem Grafen v. Schilly genannt von Goerz empfangen.

— Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg ist von seinem Urlaube nach Berlin zurückgekehrt, um die Geschäfte des Kolonialamtes zu übernehmen.

— Dem Reichstage sind die beiden kürzlich vom Bundesrat angenommenen Gesetzentwürfe zugegangen, die einen erhöhten Schutz der Vogelwelt bewirken sollen.

— Der Reichstagsabgeordnete Erzberger erstattete dieser Tage seinen Wählern Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage. Er führte dabei aus, daß man zur Zeit ohne Uebertreibung von einem Zusammenbruch des gegenwärtig gehandhabten Kolonialsystems sprechen könne und stellte neue Entwürfe, besonders über Togo und Südwestafrika in Aussicht.

— Die preussische Staatsschuld belief sich am 31. März 1905 auf rund 7378,5 Millionen Mark, während sie am 31. März 1904 7022,5 Millionen Mk. betragen hatte. Sie hat sich also in dem Jahr 1905 um beinahe 360 Millionen Mark vermehrt.

— Divisionspfarrer Bachstein-Winden wurde vom Oberkriegsgericht in Münster i. W., an welches das Reichsmilitärgericht am 3. März die Angelegenheit zurückverwiesen hatte, wegen öffentlicher Beschimpfung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen durch die bekannte Osnabrücker Rede zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Nach dem Bescheid des Reichsmilitärgerichts, womit das freisprechende Urteil der Korinthus annulliert wurde, weil, wie der Senatspräsident Dr. Herz ausführte, es an einer Reihe von Widersprüchen, an Unklarheiten, an Unvollständigheiten und an ernstlichen Bedenken leide — mußte schließlich die Verurteilung erfolgen. Auf Verlegung des § 166 steht Gefängnis bis zu 3 Jahren; ein Tag Gefängnis ist das mindeste, womit man den Verurteilten bestrafen konnte.

— Im Jahre 1905 haben die christlichen Gewerkschaften um 70000 Mitglieder zugenommen. Noch bedeutender ist die Finanzkraft derselben gestiegen. Sie hatten im Jahre 1905 eine Gesamteinnahme von 3 Millionen Mk. gegen 1,8 im Jahre 1904. An Streik- und Ausperrungsunterstützung allein wurden 1 Million Mark ausbezahlt.

— Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Hannover-Minden ist auf den 22. Juni festgesetzt. Die Sozialdemokraten, Welfen und Nationalliberalen wollen je einen eigenen Kandidaten aufstellen. Das Zentrum wird für den Welfen stimmen.

— Regierungsrat Rudolf Martin tritt in einem Schreiben an die „Tägliche Rundschau“ für das Verbot der Lombardierung russischer Staatspapiere bei der Reichsbank ein und führt aus, daß gerade jetzt die russischen Werte mit Erfolg von dem deutschen Markte abgestoßen werden können, ohne eine erhebliche Minderung des Kurses zu bewirken.

— Gibt es nur katholische Studentenvereinigungen? Das nahebeide Sommersemester an der Universität Leipzig gibt dem „Alten Glauben“ Veranlassung, den Eltern der jungen Studenten dringend den „Evangelisch-Lutherischen Studentenverein Philadelphia“ zu empfehlen, von dem es heißt, daß er „klar und fest auf dem Grunde der lutherischen Kirche stehe“, den Studenten eine edlere Geselligkeit und gegenseitige Förderung in allen idealen Beziehungen gewähre, sowie sie in charakterfester Treue im Sinn und Geist der lutherischen Kirche erziehe. Auch finde in dem Verein ein brüderlicher Verkehr mit Verständigung über die großen Fragen der Zeit und eine regelmäßige Erbauung aus Gottes Wort statt. Die „Philadelphia“ stehe Studierenden aller Fakultäten offen und sei „keine theologische, sondern eine kirchliche Genossenschaft“. Bei der Sache gegen die katholischen Studentenformationen im vorigen Jahre wurde, schreibt die „Köln. Volksztg.“, stets behauptet, es gebe keine protestantisch-konfessionellen Studentenvereine, da der Wingolf nicht konfessionell sei, und selbst die akademischen Ortsgruppen des Evangelischen Bundes wollten das nicht von sich gelten lassen. In der „Philadelphia“ haben wir aber eine echte konfessionelle Verbindung, die sogar nicht einmal den Reformierten offen steht, sondern sich nur auf die Lutheraner beschränkt.

— „Gewandt in der Bekämpfung des Zentrums.“ Die letzte Nummer des „Zeitungs-Verlag“ enthält folgende niedliche Anzeige: „Redakteur, politisch gesinnt, gewandt in der Bekämpfung des Zentrums, durchaus selbständiger Arbeiter, für ein liberales Blatt der Pfalz zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Bevorzugt wird ein Herr, der repräsentationsfähig, sich auch rednerisch zu betätigen vermag; die Stellung ist angenehm und dauernd. Meldungen unter Vorlage von Zeugnisabschriften und Photographie, sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche unter R. T. 469 an die Exp. ds. Bl. erbeten.“ „Gewandt in der Bekämpfung des Zentrums“ ist recht nett gesagt! Ob der Siegfried sich finden mag, der den Drachen Zentrum erlegen soll?

— Eine bemerkenswerte Stimme über den Rückgang der evangelischen Theologiestudierenden in Deutschland findet sich laut „Reichsboten“ (Nr. 41) in der „S. W. R.“. Es heißt dort: Wer die Berufswahl der Abiturienten und